

# Beste Bildung für alle an unseren Hochschulen.



Zusammen  
neue Chancen  
schaffen.

Beschluss des Landesvorstandes zur Vorbereitung des Leitantrages  
für den außerordentlichen Landesparteitag am 25.08.2007

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40  
41  
42  
43  
44  
45  
46  
47  
48  
49  
50  
51

## „Beste Bildung für alle an unseren Hochschulen“

### Qualität des ganzen Bildungssystems nachhaltig steigern

Die Qualität der Bildung im Elementar-, Primar- und Sekundarbereich bestimmt ganz wesentlich die Qualität von Bildung und Ausbildung im tertiären Bereich der wissenschaftlichen und beruflichen Bildung. Gleichzeitig bildet die Qualität der Bildung im tertiären Bereich wiederum die Grundlage für alle Stufen der Bildungskette. Das gilt insbesondere für die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern und Lehrerinnen und Lehrern. Hier besteht ein großer Bedarf an steigender Qualifikation, deren Grundlage eine wissenschaftliche Ausbildung ist.

Es ist festzustellen, dass der Bedarf an wissenschaftlich ausgebildetem Personal für Wirtschaft, Verwaltung und Gesellschaft insgesamt deutlich angestiegen ist und noch weiter steigen wird. Das Land und die Hochschulen haben deshalb den gemeinsamen Auftrag, die hierfür erforderlichen Ausbildungskapazitäten in Quantität und Qualität bereitzustellen. Gleichzeitig müssen sie dabei die zeitnahe Umsetzung aktueller Forschungsergebnisse sicherstellen, da diese entscheidend für eine erfolgreiche und nachhaltige Bildung und Ausbildung sind. Dafür muss der Auftrag der Hochschulen, die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses, qualitativ gestärkt werden. Der Weiterbildungsauftrag der Hochschulen ist zu stärken. Dieses gilt für die Weiterbildung des Personals und der Graduierten.

### Neue Chancen für junge Menschen schaffen

Die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen stehen derzeit vor großen Herausforderungen. Zum einen muss die Hochschulausbildung im Rahmen der Bologna-Reform modernisiert werden, zum anderen wird sich die Zahl der Studienberechtigten bis 2020 deutlich erhöhen.

Um den Hochschulstandort NRW zu sichern und die Hochschulen für eine erhöhte Zahl von Studienanfängern offen zu halten, haben Bund und Länder den Hochschulpakt 2020 vereinbart. Im Rahmen des Hochschulpaktes sollen für die Jahre 2007 bis 2009 insgesamt mehr als eine Milliarde Euro zum Ausbau der bundesweiten Studienkapazitäten zur Verfügung gestellt werden. Nordrhein-Westfalen muss unverzüglich damit beginnen im Rahmen eines Masterplans zielgenau neue und zusätzliche Studienplätze aufzubauen.

Was als ein Lösungsansatz begonnen wurde, um mehr Studienplätze zu schaffen, drohte lange Zeit aber in den Mühlen eines falsch verstandenen Wettbewerbsföderalismus zerrieben zu werden. Die ausschließlich negative Fokussierung auf den Aspekt der Finanzierung war falsch. Die stark steigende Zahl der Studierenden in den nächsten Jahren ist nicht vorrangig als ein finanzielles Problem zu verstehen. Mehr Studierende sind eine einmalige Chance für uns alle. Mehr junge Menschen, die eine gute und höhere Bildung wollen, mehr kluge Köpfe, mehr innovative Menschen sind genau das, was von der OECD völlig zu Recht als Zukunft unseres Landes empfohlen wird.

1 Es liegt in der gesamtstaatlichen Verantwortung von Bund und Ländern, mit einer wirklich  
 2 ausreichenden Investition in die Lehre dafür zu sorgen, dass junge Menschen auch qualifi-  
 3 ziert studieren können. Künftige Abiturientinnen und Abiturienten, die ein Studium aufneh-  
 4 men wollen, dürfen nicht vor verschlossenen Türen stehen. Statt wie in Nordrhein-Westfalen  
 5 zusätzliche Hürden beim Hochschulzugang aufzubauen und damit einen Verdrängungsme-  
 6 chanismus auf dem Lehrstellenmarkt auszulösen, müssen wir für mehr Chancengleichheit  
 7 sorgen.

## 10 Chancengleichheit sicherstellen

12 Die Politik der Landesregierung und ihre Haushaltsbeschlüsse lassen nicht erkennen, dass  
 13 Nordrhein-Westfalen sich aktiv für eine Steigerung der Studierendenquote einsetzt. Im Ge-  
 14 genteil: Das Einfrieren der Zuschüsse im Rahmen des Zukunftspaktes hat in Verbindung mit  
 15 dem so genannten Hochschul„freiheits“gesetz eine strukturelle Kürzung an den Hoch-  
 16 schulen bewirkt. Dieses Hochschul„freiheits“gesetz wird zu Personalabbau führen, der  
 17 gleichbedeutend mit weiterem Studienplatzabbau ist.

19 Die Einführung von Studiengebühren hat bereits viele junge Menschen von einem Studium  
 20 abgeschreckt und sie so in ihren Chancen beschnitten. Der aktuelle Einbruch der Studien-  
 21 anfängerzahlen in Nordrhein-Westfalen ist ein deutliches Alarmsignal, dass Studiengebüh-  
 22 ren der falsche Weg sind. Die Zahl der Studienanfänger an den nordrhein-westfälischen  
 23 Hochschulen ist im Wintersemester 2006/2007 um 8,3 % eingebrochen. Der Rückgang an  
 24 den Universitäten ist mit 11,3 % geradezu dramatisch.

26 Unser Ziel muss es aber sein, dass mittelfristig 50 % eines Altersjahrgangs zu einem Stu-  
 27 dienabschluss gelangen. Da demografisch bedingt die Zahl der Studienberechtigten in den  
 28 kommenden Jahren stark ansteigen wird, ist dieses für ein Land mit der Tendenz einer al-  
 29 ternden Bevölkerungsstruktur eine außergewöhnliche Chance. Sie droht aber ungenutzt zu  
 30 verstreichen, wenn es nicht gelingt, an unseren Hochschulen gebührenfreie Studienplätze in  
 31 ausreichender Zahl für die Bewerberinnen und Bewerber zur Verfügung zu stellen.

33 Die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen sind nicht in der Lage, die zusätzlich benötigten  
 34 Kapazitäten mit den vorhandenen Ressourcen alleine bereit zu stellen. Schon heute sind die  
 35 Hochschulen unterfinanziert und arbeiten unter Überlastbedingungen. Hinzu kommt, dass  
 36 die konsequente, mit einer Studienreform verbundene Umstellung auf Bachelor- und Mas-  
 37 terstudiengänge mehr Personal bindet.

39 Um die Studierendenquote zu steigern, muss deshalb unverzüglich mit der Kapazitätsaus-  
 40 weitung und Schaffung von neuen Studienplätzen begonnen werden. Dabei muss auf Chan-  
 41 cengleichheit der größte Wert gelegt werden.

## 44 Hochschulzugang öffnen

46 Die Öffnung des Zugangs zu Bildung und die Öffnung der Übergänge zwischen den einzel-  
 47 nen Bildungsinstitutionen kommt eine wichtige gesellschaftspolitische Bedeutung zu. Dies  
 48 erfordert aber eine kontinuierliche aktive Förderung, insbesondere der Menschen aus ein-  
 49 kommenschwachen und bildungsfernen Milieus.

51 Barrieren wie beispielsweise die mangelnde Offenheit des Hochschulzugangs für Personen,  
 52 die nicht über ein Abitur verfügen, sondern aufgrund der Strukturen des gegliederten Schul-

1 systems zunächst eine berufliche Ausbildung aufgenommen haben, müssen abgebaut wer-  
 2 den.

### 5 Hochschule als Ausbilder stärken

7 Trotz Anstrengungen, gerade vieler kleinerer Unternehmen und Handwerksbetriebe, müssen  
 8 wir feststellen, dass die Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen insgesamt abnimmt und  
 9 bei weitem nicht alle Betriebe, die ausbilden könnten, ihrer wirtschaftlichen und sozialen  
 10 Verantwortung nachkommen.

12 Im Interesse der jungen Menschen müssen alle im Land zur Verfügung stehenden Ausbil-  
 13 dungspotenziale ausgeschöpft werden. Hierzu gehört auch, die Ausbildungsstellen an unse-  
 14 ren Hochschulen zu erhalten und wo möglich, auszubauen. Hochschulen sind Motoren für  
 15 neue wissenschaftsbasierte Berufsbilder für zukunftsfähige Arbeitsplätze.

17 Gerade die Hochschulen haben sich in den letzten Jahrzehnten zu Partnern in der dualen  
 18 beruflichen Bildung entwickelt. Wer die Ergebnisse in Forschung und Entwicklung in neue  
 19 Produkte, Verfahren und Dienstleitungen umsetzen will, muss gerade hier eine enge Einbin-  
 20 dung der nichtwissenschaftlichen Ausbildung stärken.

### 23 Forderungen der NRWSPD

25 Wir wollen

- 27 ➤ die Umsetzung des Bologna-Prozesses als umfassende Studienreform, die Qualität  
 28 der Aus- und Weiterbildung stärkt
- 29 ➤ eine Qualitätsverbesserung der Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern und Leh-  
 30 rerinnen und Lehrern im Rahmen der Hochschulausbildung
- 31 ➤ eine bessere Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses an unseren Hochschu-  
 32 len
- 33 ➤ gleiche Beschäftigungs- und Tarifbedingungen für die Beschäftigten der Hochschulen
- 34 ➤ echte Autonomie für unsere Hochschulen durch Stärkung der inneren Demo-kratie
- 35 ➤ einen zielgenauen Ausbau an Studienplätzen
- 36 ➤ eine mittelfristige Studierquote von 50 % erreichen
- 37 ➤ Studiengebühren für das Erststudium abschaffen
- 38 ➤ eine umfassende Bafög-Reform, die eine auskömmliche, elternunabhängige Studien-  
 39 finanzierung sichert
- 40 ➤ die soziale und regionale Öffnung der Hochschulen voranbringen
- 41 ➤ Öffnung des Hochschulzugangs für Nichtabiturienten
- 42 ➤ die Ausbildungsplätzen an unseren Hochschulen erhalten und bestehende Ausbil-  
 43 dungskapazitäten ausbauen
- 44 ➤ schulische Berufsbildungsgänge, die nicht im dualen System ausgebildet werden, an  
 45 den Hochschulen weiter ausbauen.